

N i e d e r s c h r i f t

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Etatberatungen) des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 22.03.2012

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 16:08 Uhr
Ende: 20:56 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Peter Werner

Vertretung für Herrn Heinz-Jürgen Goldmann

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Torsten Kinzel

Frau Janne Oberdieck

Frau Lisa Riedel

Herr Max Riedel

Herr Sven Timmermann

Vertretung für Herrn Karsten Köchling

Vertretung für Herrn Lucas Risse

Vertretung für Herrn Florian Große-Allermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Herr Thomas Heinen

Frau Ursula Schlößer

Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Herr Oliver Brügge
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Max Herrmann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Marc Serafin
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden

Gast

Herr Udo Jürkenbeck
Herr Heinrich Schwidden

zu TOP 7 des nichtöffentlichen Teils
zu TOP 7 des nichtöffentlichen Teils

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:

es fehlen entschuldigt

Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Florian Große-Allermann
Herr Karsten Köchling
Herr Lucas Risse
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2011 VIII/0859
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 5. | Satzung zur 2. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" | VIII/0854 |
| 6. | Satzung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0844 |
| 7. | Entgeltordnung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0845 |
| 8. | Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der neu zu gründenden Sekundarschule in Monheim am Rhein zum Schuljahresbeginn 2012/2013 | VIII/0833 |
| 9. | Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein | VIII/0830/1 |
| 10. | Fortschreibung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010-2014 | VIII/0828 |
| 11. | 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010 | VIII/0820 |
| 12. | Überplanung der städt. Unterkünfte/Übergangswohnheime
Bericht zum Projektauftrag "Untersuchung zur Optimierung der städt. Übergangswohnheime"
Aufgabe des Standortes Baumberg, Bregenzer Straße 12 c | VIII/0842 |
| 13. | Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen | VIII/0841 |
| 14. | Hebesatzsatzung der Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2012 | VIII/0870 |
| 15. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan2012 | VIII/0858 |
| 16. | Mündliche Mitteilungen | |
| 16.1. | Anträge zur Ratssitzung | |
| 17. | Mündliche Anfragen | |
| 17.1. | Umbau der Rastplätze auf der A 59 | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, ob es nicht sinnvoll sei, Tagesordnungspunkt 7 – Gesellschaftsangelegenheit: Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) des nichtöffentlichen Teils öffentlich zu beraten, da hieran ein öffentliches Interesse bestehen würde.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss im nichtöffentlichen Teil zu belassen, da möglicher Weise über die detaillierten Modalitäten des Geschäfts zu diskutieren sei. Die endgültige Beschlussfassung dieser Angelegenheit erfolge im Rat. Bis dahin werde geprüft, ob an der vorgesehenen nichtöffentlichen Beschlussfassung festgehalten werde.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2011 zur Kenntnis.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2011

Vorlage: VIII/0859

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

5 Satzung zur 2. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: VIII/0854

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 2. Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Gebührensatzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Ja 18 Enthaltung 1

**6 Satzung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0844**

Beschlussempfehlung

Die Satzung der KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**7 Entgeltordnung für die KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0845**

Beschlussempfehlung

Die Entgeltordnung der KunstSchule der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**8 Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der neu zu gründenden
Sekundarschule in Monheim am Rhein zum Schuljahresbeginn 2012/2013
Vorlage: VIII/0833**

Beschlussempfehlung

1. Zum Schuljahresbeginn 2012/2013 und den folgenden Schuljahren wird in der neu zu gründenden Sekundarschule in Monheim am Rhein in jeweils einer Eingangsklasse eine integrative Lerngruppe (ILG) eingerichtet.
2. Zur Herstellung der sächlichen Voraussetzungen wird im Haushaltsplan 2012 ein Ansatz für Sachmittel (Erstausrüstung für sonderpädagogische Unterrichtsmaterialien) berücksichtigt. Die Höhe des Ansatzes wird im Rahmen der

Haushaltsplanberatungen für 2012 (Nachtragsliste) beziffert.

einstimmig zugestimmt

- 9** **Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein**
Vorlage: VIII/0830/1

Beschlussempfehlung

Die Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein werden – mit den in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2012 beratenen Ergänzungen - in der vorliegenden Neufassung beschlossen.
Die als Anlage beigefügte Neufassung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 10** **Fortschreibung des Kommunalen Kinder- und Jugendförderplans für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010-2014**
Vorlage: VIII/0828

Beschlussempfehlung

Der vorliegende Entwurf zur Fortschreibung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes für die Stadt Monheim am Rhein für die Periode 2010 – 2014 wird beschlossen.

einstimmig zugestimmt

- 11** **2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010**
Vorlage: VIII/0820

Protokoll:

Die Sprecherinnen der Fraktionen Peto und der SPD begrüßen die Vorlage, die eine Maßnahme in dem gemeinsam erarbeiteten Antrag aufgreife. Diese Maßnahme unterstütze das Ziel „Hauptstadt des Kindes“ zu werden. Die Senkung der Gebühren würde zu einem wesentlichen Anteil durch die Stadt Monheim am Rhein getragen und sei nur durch den ausgeglichenen Haushalt möglich. Durch den Schuldenabbau in Höhe von 20,1 Mio. € sei diese Maßnahme und die anderen, durch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Peto und SPD vorgeschlagenen Maßnahmen finanzierbar, ohne aus den Augen zu verlieren, hier Nachhaltigkeit walten zu lassen. Durch den Schuldenabbau sei es möglich, Zinsen in Höhe von 1 Mio € jährlich wiederkehrend einzusparen. Diese Zinsersparnis sei die Gegenfi-

nanzierung der Maßnahmen des gemeinsamen Antrages.

Die vorgeschlagene Senkung der Elternbeiträge sei erfreulich, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Kostenneutralität vermöge er hier jedoch nicht zu erkennen. Der Betrag der Zinsersparnis könne ebenso zum weiteren Schuldenabbau eingesetzt werden. Daher sehe die CDU-Fraktion weitere Ausgabehöhen kritisch.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion äußert ihre Überraschung über den Maßnahmenkatalog der Fraktionen Peto und SPD, der nicht als maßvoll zu bezeichnen sei. Im Hinblick auf die seinerzeit gemeinsam von allen Fraktionen erarbeiteten Sparmaßnahmen wäre es in diesem Fall auch zu begrüßen gewesen, wenn diese Maßnahmen ebenfalls gemeinsam erarbeitet worden wären. So wäre beispielsweise die einkommensabhängige Erhebung von Ogata-Beiträgen wünschenswert. Dieser Vorlage stimme die FDP-Fraktion zu.

Die vorgeschlagene Maßnahme sei unterstützenswert erklärt die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Im Bereich der Ogata-Gebühren sei eine soziale Staffelung sinnvoll. Sie beantrage, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen, die entsprechenden Möglichkeiten aufzuzeigen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt die Abstimmung, da die Diskussion der Ogata-Beiträge keine Relevanz für diese Vorlage habe.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung und bittet die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ihren Antrag bei den Haushaltsberatungen zu stellen.

Beschlussempfehlung

Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder in der Stadt Monheim am Rhein vom 6.6.2008 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 23.3.2010, wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses (siehe Anlagen).

einstimmig zugestimmt

- 12 Überplanung der städt. Unterkünfte/Übergangwohnheime
Bericht zum Projektauftrag "Untersuchung zur Optimierung der städt.
Übergangwohnheime"
Aufgabe des Standortes Baumberg, Bregenzer Straße 12 c
Vorlage: VIII/0842**

Beschlussempfehlung

Der vorlegte Bericht über die „Untersuchung zur Optimierung der städt. Übergangwohnheime wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird mit allen zur Umsetzung, insbesondere zur Aufgabe des

Standortes Bregenzer Straße, erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Über den Zwischenstand wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten berichtet.

einstimmig zugestimmt

13 Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen

Vorlage: VIII/0841

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag hinsichtlich der erforderlichen finanziellen Mittel zu ändern sei:

Die Gesamtaufwendungen betragen ab 2013 jährlich 55.000 € die sich aus 50.000 € für das eigentliche Projekt und 5.000 € für die Schuldnerberatung zusammensetzen. Für 2012 seien lediglich 30.000 € zu veranschlagen, da das Projekt unterjährig beginnen würde und die Kosten anteilig anfielen.

Ob hier eine Evaluation vorgesehen sei, fragt die Sprecherin der FDP-Fraktion nach. Und ob, sofern sich Änderungsbedarfe zeigen würden, diese auch Berücksichtigung fänden.

Der Bürgermeister sichert zu, dass dem entsprechenden Ausschuss regelmäßig Bericht erstattet würde.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschlussempfehlung

Das vorgelegte Konzept „Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende Vereinbarung mit dem SKFM Monheim abzuschließen.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 30.000 € im Jahr 2012 sowie 55.000 € in den Folgejahren werden in den Haushalt eingestellt.

einstimmig zugestimmt

14 Hebesatzsatzung der Grund- und Gewerbesteuer für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: VIII/0870

Protokoll:

Durch die Trennung der Hebesatzsatzung von der Haushaltssatzung würde die Möglichkeit geschaffen, die Hebesätze nach der Beschlussfassung im Rat am 28.03.2012 rückwirkend zum 01.01.2012 zu vollziehen, ohne an die Fristen für die Genehmigung der Haushaltssatzung gebunden zu sein, erklärt der Bürgermeister.

Auswirkungen würden sich dann bereits zum nächsten Hebetermin am 15.05.2012 ergeben.

Der Sprecher der SPD-Fraktion verweist auf Ziffer 2 der Vorlage. Dort sei erwähnt, dass die Verwaltung Gewerbesteuernachzahlungen aus Vorjahren in zweistelliger Millionenhöhe erwarte. Hier wäre die Angabe eines Betrages wünschenswert.

Die Verwaltung erklärt, dass es sich um ca. 20 Mio. € handeln würde.

Beschlussempfehlung

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Ja 18 Enthaltung 1

15 Haushaltssatzung und Haushaltsplan2012 Vorlage: VIII/0858

Protokoll:

Es wird folgende Vorgehensweise bei der Beratung des Haushaltes festgelegt:

Die Produkte, die nicht in Fachausschüssen beraten wurden, werden einzeln aufgerufen. Die Änderungsliste wird vollständig beraten, da diese nicht allen Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses vorlag. Die Auswertung des Online-Haushaltes wird in die Ratssitzung vertagt, da die Kenntnisnahme in der Kürze der Zeit nicht möglich war.

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

Teilergebnisplan

00.01

Die Sprecherin der FDP-Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Kostenersparnis erzielt werden könne, wenn den Ratsmitgliedern ein Tablet-PC zur Verfügung gestellt würde und auf die Papiervorlagen verzichtet würde. Hierdurch wäre ebenfalls darüber nachzudenken, mittelfristig auf die Hausdruckerei zu verzichten.

00.02

Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters seien in der Höhe nicht zu erkennen. Daher bittet die Sprecherin der SPD-Fraktion um Auskunft, ob diese im bisherigen Rahmen veranschlagt worden seien.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verfügungsmittel in unveränderter Höhe veranschlagt worden seien und nicht regelmäßig ausgeschöpft würden.

00.11

Durch die Ausgliederung der Rechnungsprüfung seien die Bearbeitungszeiten erheblich länger, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Es wäre von Interesse, die hierdurch entstehenden Verluste durch z.B. nicht mehr erreichbare Skonti darzulegen. Er bittet daher um Vorlage eines Sachstandsberichtes, der diese Dinge mit berücksichtige.

In der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei ein entsprechender Bericht vorgelegt worden, so der Bürgermeister. Er sichert zu, dem Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls zu berichten.

10.02

Auf der Seite 32 sei erkennbar, dass 120 Diensthandy bei der Stadtverwaltung ausgegeben worden seien, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Diese Anzahl sei verwunderlich hoch.

Die Verwaltung erklärt, dass die Handys in den Bereichen zum Einsatz kämen, wo früher Rufbereitschaft angeordnet worden sei.

71.01

Es sei zu begrüßen, dass für die Ertüchtigung der Turnhalle zur Versammlungsstätte der Winrich-von-Kniprode-Schule 150.000 €eingestellt worden seien, bemerkt der Sprecher der CDU-Fraktion. Er beantrage nun, die Investitionskosten für die nächsten Jahre ebenfalls in den Haushalt einzustellen.

Die Investitionskosten für die nächsten Jahre seien jeweils jährlich in dem betreffenden Haushalt aufzunehmen, so der Bürgermeister. Die Sanierungsmaßnahmen habe die Verwaltung im Blick.

Der Sprecher der CDU-Fraktion regt an, die vorgesehenen Beträge in den Planwerten 2013 bis 2015 auszuweisen.

Die Gebäudeunterhaltungskosten würden fortlaufend kalkuliert, erwidert der Bürgermeister.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass die mittelfristige Finanzplanung entsprechende Beträge ausweisen würde. Die konkreten Entscheidungen seien jedoch dem Bildungs- und Kulturausschuss zu überlassen, der in seiner nächsten Sitzung im April entsprechende Beschlüsse fassen würde. Die Veranschlagung der 150.000 €sei zum jetzigen Zeitpunkt ausreichend.

Die Sprecherinnen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Peto folgen der Ansicht der SPD-Fraktion und machen deutlich, dass sie hinter dem Standort der Winrich-von-Kniprode-Schule stehen.

Für den Waldfriedhof seien Mittel für die Erneuerung der Kühlzellen vorgesehen, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Der Aufzug sei ebenfalls defekt. Er bittet um

Angabe, ob für die Reparatur auch Mittel vorgesehen seien.

Die Reparatur des Aufzuges würde aus der allgemeinen Bauunterhaltung finanziert, erklärt die Verwaltung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Prüfung der folgenden Angelegenheiten:

1. Die Akustik im Ratssaal müsse erneuert werden. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Technik Hörgeräte-kompatibel sei. Dies gelte ebenfalls für die Aula des Otto-Hahn-Gymnasiums.
2. Die Aula des Otto-Hahn-Gymnasiums müsse dahingehend überprüft werden, ob eine Erneuerung der Podestanlage erforderlich sei.
3. Das ehemalige Gebäude der Feuerwehr auf der Grabenstraße, das derzeit vom DRK genutzt würde, sei sanierungsbedürftig, insbesondere im energetischen Bereich.

Die Verwaltung erklärt:

1. Es werde eine entsprechende Prüfung vorgenommen.
2. Es habe eine Nutzerabfrage stattgefunden, die ergeben habe, dass seitens der Nutzer die Erneuerung der Podestanlage nicht gewünscht sei.
3. Eine Sanierung sei vorgesehen, jedoch nicht in energetischer Hinsicht. Es würde geprüft, welche Bedarfe hier bestehen.

Für den Umzug der Verwaltungsteile Rathausplatz 10a in das Rathaus seien 100.000 € veranschlagt, erklärt die Sprecherin der SPD-Fraktion. Dieser Betrag erscheine ihr unverhältnismäßig hoch.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass dieser Betrag bereits im letzten Haushalt eingestellt gewesen sei. Bevor der Umbau statfinde, werde die Politik hierüber informiert.

Teilfinanzplan B

1002 IT-Service

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, ob es seitens der Verwaltung möglich sei, Open-Source-Produkte zu nutzen.

Die Verwaltung erklärt, dass die Nutzung nicht möglich sei und hierüber in einer der letzten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses berichtet worden sei. Gerne würden seitens der Verwaltung weitergehende Informationen an einzelne Fraktionsmitglieder erteilt.

7102.007 Ulla-Hahn-Haus

Dem geplanten Umbau des Ulla-Hahn-Hauses wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen, so die Fraktionssprecherin.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Umbaumaßnahme Ulla-Hahn-Haus aus dem Teilfinanzplan B zu streichen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt (Ja 2 Nein 17)

7103.001 Grunderwerbs- und Nebenkosten

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt die Senkung des Ansatzes um 1,2 Mio. € da der Grunderwerb am Rheinbogen abgelehnt würde. Hier gebe es andere Alternativen.

Der Antrag auf Senkung des Ansatzes um 1.200.000 € wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt (Ja 5 Nein 13)

Änderungsliste

Ratsfrau Stamm meldet im Bezug auf den Abenteuerspielplatz Ausschließungsgründe an.

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass sie die gemeinsamen Anträge der Fraktionen SPD und Peto und die Beschlüsse der Fachausschüsse kritisch sehe, da sie ausnahmslos Kostenerhöhungen nach sich ziehen würden. Die angeführte Gegenfinanzierung in Form von Zinsersparnissen aufgrund der Schuldentilgung könne ebenso zur weiteren Schuldentilgung verwendet werden. Die Anträge ließen Weitsicht und maßvolles Handeln vermissen.

40.01 Schulbetriebskosten

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Erläuterung, warum die pauschale Kürzung der Schulbetriebskosten aufgehoben werden solle und so höhere Kosten in Kauf genommen würden. Diese Mittel könnten sinnvoller für z. B. die Ertüchtigung der Sporthalle der Lottenschule verwendet werden, da spätestens 2013 eine entsprechende Maßnahme nötig sei, damit eine Nutzung als Versammlungsstätte möglich bliebe.

Der Bürgermeister verweist im Bezug auf die Sporthalle der Lottenschule auf die Diskussion im Fachausschuss, wo bereits erläutert worden sei, dass die Vorbereitung der Maßnahme, wie z. B. die Bauantragstellung, sehr zeitintensiv sei und mit einer Auftragsvergabe daher frühestens im Dezember 2012 zu rechnen sei. Daher sei keine zusätzliche Mittelaufnahme für 2012 erforderlich, da die Maßnahme selbst erst im Jahr 2013 umgesetzt werden könne.

Der Bürgermeister stellt den Antrag der CDU-Fraktion, die Erhöhung der Schulbetriebskosten zu streichen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt (Ja: 5 Nein 13)

51.02 Spielplatzgeräte

Die Dringlichkeit, die Mittel für Spielplatzgeräte zu erhöhen, sei nicht erkennbar, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Daher beantrage die CDU-Fraktion die Streichung der im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Erhöhung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja 5 Nein 14)

51.04 Sonstige Dienstleistungen

Auch hier sei die Dringlichkeit seitens der CDU-Fraktion nicht erkennbar und die Streichung der zusätzlichen Mittel werde beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja 5 Nein 14)

51.08 Personalaufwand

Die Anzahl von 6 Stellen sei nicht nachvollziehbar, so die Sprecherin der FDP-Fraktion. Die räumliche Unterbringung sei bei der hohen Anzahl bereits problematisch.

Die Verwaltung erklärt, dass hier noch ein Konzept zu erstellen sei. Es gehe nun lediglich um die Ausweisung der Stellen. Der Einsatz erfolge gruppenübergreifend.

Die Sprecherin der Fraktion Peto bezieht sich auf die Diskussion im Jugendhilfeausschuss und macht deutlich, dass je eine Kraft für jede der 6 Einrichtungen vorgesehen sei, in denen MoKi –Arbeit geleistet würde. Die Einstellung des Personals erfolge erst nach Vorlage und Beschluss des Konzepts.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hält den Antrag für verfristet. Auch die Vorgehensweise sei verwunderlich. Bislang seien Anträge in den Fachausschüssen, mit entsprechenden Erläuterungen der Verwaltung, beraten worden. Nun sei es wohl üblich, Anträge als Tischvorlage einzubringen, Mittel in den Haushalt einzustellen und erst anschließend mit der konzeptionellen Arbeit zu beginnen. Den Fraktionen, die vorher nicht involviert waren, wäre so die Möglichkeit genommen, sich fachlich mit den Inhalten der Anträge auseinanderzusetzen.

Anträge zur Sache seien, wie hier auch, durchaus üblich erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion. Weiterhin habe der schriftliche Antrag bereits in den Fachausschüssen vorgelegen, so dass bis zur heutigen Sitzung ausreichend Zeit bestanden habe, sich inhaltlich in den Fraktionen abzustimmen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass hier ein Antrag zum Haushalt und demnach zur Sache vorliege und dieser damit nicht verfristet sei.

Der Antrag, den Personalaufwand lt. Beschluss im Jugendhilfeausschusses, zu streichen wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt (Ja 0 Nein 13 Enthaltungen 6)

Anträge

Die Sprecherinnen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP halten eine Senkung der Ogata-Beiträge für Familien mit geringerem Einkommen für wünschenswert. Auch eine Geschwisterkindermäßigung sei sinnvoll. Nach ausführlicher Diskussion wird folgender Prüfauftrag zur Abstimmung gestellt:

Die Verwaltung prüft, welche Mindereinnahmen entstehen würden, wenn

1. Kinder, die den Offenen Ganzttag besuchen, eine Beitragsermäßigung von 50% erhielten, sofern ein Geschwisterkind den Kindergarten besucht und
2. Kinder, die den Offenen Ganzttag besuchen, von den Beiträgen befreit würden, wenn ein Geschwisterkind den Kindergarten oder den Offenen Ganzttag besucht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Im Bezug auf das Schulwegsicherungs- und Radwegekonzept bezieht sich die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf den bereits im Fachausschuss gestellten Antrag, der aufrecht erhalten bleiben soll. Die bereits durchgeführte Prüfung beinhalte lediglich die Schulwege in Baustellenbereichen, so dass eine weitergehende Prüfung notwendig sei.

Der Bürgermeister erwidert, dass zu diesem Thema im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen beraten worden sei, mit dem Ergebnis, dass auf eine Abstimmung verzichtet worden sei, weil es bereits eine ausführliche Besprechung zur Schulwegsicherheit gegeben habe. Das Protokoll der Besprechung sei der Fraktion zugeleitet worden. Ebenso habe eine Diskussion im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hierzu stattgefunden, in dem die Verwaltung die Ergebnisse der Gespräche präsentiert habe. Bei dem Termin habe zwar das Thema der Schulwegsicherung in Baustellenbereichen im Vordergrund gestanden, es wurde allerdings auch über die Schulwegsicherung im Allgemeinen gesprochen. Hier sei durch die Schulen kein Handlungsbedarf über die vereinbarten Maßnahmen hinaus gesehen worden und auch die Verwaltung erkenne hier keinen Bedarf.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Prüfauftrag aufrecht und konkretisiert ihn dahingehend, dass in Kooperation mit den Schulen und der Polizei unter Berücksichtigung der zukünftigen Änderungen der Schullandschaft seitens der Verwaltung geprüft wird, ob eine Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans sinnvoll sei. Weiterhin seien die Radwege dahingehend zu überprüfen, ob stark frequentierte Punkte, wie z.B. das Rathauscenter, Ärztehäuser, etc. gut erreichbar seien und ausreichend Abstellmöglichkeiten angeboten würden.

Der Bürgermeister stellt folgende Anträge zur Abstimmung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Radwegekonzept zur Erleichterung des Radverkehrs in Monheim am Rhein, insbesondere im Hinblick auf stark fre-

quentierte Punkte im Stadtgebiet und der Möglichkeit, Fahrräder sicher und komfortabel abzustellen, zu erarbeiten

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (dafür 8 dagegen 10 enthalten 1)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Schulwegsicherungskonzept zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (dafür 7 dagegen 12)

Beschlussempfehlung

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2012 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2012 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2012 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Bereiche ist als verbindlich anzusehen.

einstimmig zugestimmt

Ja 13 Enthaltung 6

16 Mündliche Mitteilungen

16.1 Anträge zur Ratssitzung

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass für die kommende Ratssitzung noch 2 Anträge eingegangen seien, die nicht fristgemäß eingereicht worden seien. Ein Antrag der Fraktion Die Linke werde nicht in der kommenden Sitzung beraten, sondern in der darauffolgenden. Der zweite Antrag, der seitens der SPD-Fraktion gestellt worden sei, würde in der kommenden Ratssitzung beraten, da hier eine besondere Dringlichkeit begründet worden sei. Hierzu werde den Ratsmitgliedern eine Vorlage der Verwaltung nachgereicht.

17 Mündliche Anfragen

17.1 Umbau der Rastplätze auf der A 59

Protokoll:

Ratsherr Brühland fragt nach, ob die Verwaltung Kenntnis darüber habe, welche Umbauarbeiten auf den beiden Rastplätzen auf der A 59 stattfinden.

Der Bürgermeister sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Sitzung wird für die Zeit von 19:59 Uhr bis 20:11 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin